

Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 24.06.2003

Vorlage Nr. 03-F-01-0026

Unterbringung der Rettungswache Biebrich

- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.05.2003 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten als Ersatz für die nicht mehr nutzbare Rettungswache in der Feuerwache Biebrich das von der Fa. Infraserv herzurichtende Gebäude H 575 nach Fertigstellung anzumieten und an die Johanniter Unfallhilfe West-Hessen e.V. und den Malteser Hilfsdienst GmbH weiter zu vermieten.

Begründung:

Die Rettungswache im alten Rathaus Biebrich wird gemeinsam von der Johanniter Unfallhilfe und dem Malteser Hilfsdienst betrieben.

Die Räumlichkeiten entsprechen weder den hygienischen, noch den technischen und sozialen Anforderungen an eine Rettungswache. Maßnahmen zur Herstellung. Laut Protokoll des Gesundheitsamtes von der letzten Begehung am 20.02.03 müsste die Wache bei Beachtung der vorgegebenen Anforderungen an eine Rettungswache sofort geschlossen werden.

Maßnahmen zur Herstellung der erforderlichen Bedingungen sind aus Raummangel und durch bauliche Gegebenheiten nicht umsetzbar (neue Rettungsfahrzeuge passen nicht mehr in die Halle).

- Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2003 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, als Ersatz für die nicht mehr nutzbare Rettungswache in der Feuerwache Biebrich das von der Fa. Infraserv herzurichtende Gebäude H 575 nach Fertigstellung anzumieten und an die Johanniter Unfallhilfe West-Hessen e.V. und den Malteser Hilfsdienst GmbH weiter zu vermieten – unter der Voraussetzung, dass die Kassen vorher erklären, hierfür die Kosten zu übernehmen.

Beschluss Nr. 0021

Der Magistrat wird gebeten als Ersatz für die nicht mehr nutzbare Rettungswache in der Feuerwache Biebrich das von der Fa. Infraserv herzurichtende Gebäude H 575 nach Fertigstellung anzumieten und an die Johanniter Unfallhilfe West-Hessen e.V. und den Malteser Hilfsdienst GmbH weiter zu vermieten – unter der Voraussetzung, dass die Kassen erklären, hierfür die Kosten zu übernehmen.

mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Claussen
stellvertretender Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2003

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2003

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister